

Frigga Haug

## Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik

Das Jahr 1989 steht für den Verlust an Perspektiven linker Politik. Wir kommen aus dem Jahrhundert des gescheiterten Experiments eines bürokratischen Sozialismus. Die 4-in-1-Perspektive ist der Versuch, mit einer sozialistisch-demokratischen Perspektive wieder Fuß zu fassen. Diese Perspektive wiederum ist elementar für eine Linke, die anders keinen eigenen Daseinsgrund hätte.

### *Theoretische Grundlegung: Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse*

Das Projekt entstammt jahrzehntelangen Studien zur Frauenunterdrückung und den Erfahrungen mit praktischer Emanzipationspolitik. Es versucht, den Veränderungen der Arbeit im Hightech-Kapitalismus Rechnung zu tragen. Es braucht die ›Unbefangenheit‹, gesellschaftlich Hochgeschätztes zu demokratisieren, bisher ›Eliten‹ vorbehalten Privilegien für alle zu beanspruchen, menschliches Leben für das Höchste zu halten, im Erwerbsbereich die Verkehrung und Entfremdung neu zu skandalisieren und dies alles als politische Praxis zu verallgemeinern. Seine theoretische Grundlage ist die Erkenntnis, dass Geschlechterverhältnisse nicht bloß Zutat zu den Produktionsverhältnissen, sondern diesen selbst konstitutiv eingeschrieben sind. Die Geschichte der Menschheit durchzieht grundlegend die Spaltung zwischen den Geschlechtern. Menschen reproduzieren ihr eigenes Leben und produzieren neues, indem sie Kinder in die Welt setzen und aufziehen. Sie produzieren ferner die Mittel und Bedingungen, diese Leben zu erhalten. In der kapitalistischen Moderne sind die Bereiche der Produktion und Verwaltung der Mittel zum Leben diejenigen, in denen die Produktivkräfte entwickelt und damit die Grundlagen für die weiteren Teilungen der Arbeit als Dimension menschlicher Entwicklung gelegt werden. Weil dieser Bereich das Akkumulationsfeld des Kapitals par excellence ist, gilt er als Grundlage allen Fortschritts. Der Bereich, in dem Leben erzeugt, gepflegt und erhalten wird, rückt dagegen an den Rand. Er wird Frauen übergeben, die damit als Trägerinnen der Lebensfürsorge selbst marginalisiert werden. Diese hierarchische Anordnung bildet die Grundlage für die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen, die sämtliche Sphären der Gesellschaft prägt: Kultur und Sprache, Ideologie und Sozialtheorie, Moral und Recht und die entsprechenden Institutionen. Eine wirkliche Befreiung der Frauen ohne eine Umkehrung dieser Hierarchie wird es nicht geben. Zwei einander überlagernde Herrschaftsarten bestimmen den Fortgang der Geschichte: die Verfügung über Arbeitskraft in der Lebensmittelproduktion und die Verfügung der Männer über die Frauen in der Reproduktion. Dieses Zusammenspiel bewirkt, dass die Entwicklung der Menschen zugleich mit der Zerstörung ihrer Grundlagen voranschreitet, gestützt und getragen durch Geschlechterverhältnisse, in denen aus

Herrschaftsgründen das sozial Überformte als Natur behauptet und gerade dadurch in seiner sinnlich-körperlichen Substanz verleugnet wird. Produktionsverhältnisse aus ihrer Zentriertheit auf die gewerbliche Produktion von Dingen zu holen und auf beide Bereiche der menschlichen Produktionen zu beziehen, ist Grundlage des 4-in-1-Projekts und trägt zugleich die Erneuerung tief in marxistisches Denken vor.

Auf dieser Grundlage wird erkennbar, dass es für die Frauen nicht einfach um ›Gleichstellung‹ in jener Systemstruktur gehen kann, sondern dass diese Struktur selbst in Frage steht. Damit rückt zugleich die Besonderung vieler Bereiche als Frauenpolitik ins Visier feministischer Kritik. Diese Besonderung machte Frauenpolitik als solche zur Falle, in der zu agieren in letzter Instanz bedeutet, alles beim Alten zu lassen. Daher überführt die 4-in-1-Perspektive Frauenpolitik in eine allgemeine Befreiungspolitik.

### *Kämpfe um Zeit*

4-in-1 baut auf die Erfahrung und den gesunden Menschenverstand der Vielen. Wir alle beginnen unser Leben als ein Projekt mit scheinbar unendlich viel Zeit, die dann Stück um Stück kanalisiert wird in einzelne Bereiche, über die ohne unser Zutun verfügt ist. Das macht die unterschiedlichsten Konflikte zu Kämpfen um Zeit. Sie spitzen sich heute dahingehend zu, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung aus der Erwerbsarbeit herausgesetzt wurde, um sich in staatlicher Vormundschaft von Hartz IV wiederzufinden, während die übrigen ›keine Zeit‹ mehr haben, bzw. sie für sich nicht finden. Mehr als 100 Jahre währten die Kämpfe um den Acht-Stundentag, dann die 40-Stunden-, schließlich die 37,5-Stundenwoche. Währenddessen wurden die Produktivkräfte der Arbeit so gewaltig potenziert, dass die Halbierung der heutigen Erwerbsarbeitszeit anstünde. Mitte des 20. Jh. fingen in Ländern wie Deutschland die letzten rechtlichen Fesseln an zu fallen, die die Frauen noch gefangen hielten; doch strukturell und kulturell blieben die Zuweisungen ihrer Zeit an den Reproduktionsbereich bestehen, dessen ›Marginalität‹ bis heute die allgemeine Stellung der Frauen in der Gesellschaft bestimmt. Immer verzehrender werden die Lernzeiten für das mit Profit vorangetriebene Internetzeitalter, ohne dass die Einzelnen die Muße hätten, andere kulturelle Fähigkeiten zu entwickeln. Die Politik hastet hinter den transnationalen Kapitalen her, die den erwirtschafteten Reichtum immer schon verteilt haben, und sieht sich außerstande, das menschenwürdige Überleben der aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess Herausgedrängten zu finanzieren. Immer deutlicher wird, dass die Menschen an der Gestaltung ihrer Verhältnisse beteiligt sein müssen, an der Entscheidung, was produziert wird und wie, an der Verteilung der Güter, an der notwendigen kulturellen Wende vom Konsumismus zu nachhaltigerem Wirtschaften.

Das Neue der 4-in-1-Perspektive besteht in der Anordnung der vier Tätigkeitsbereiche — Erwerbsbereich, Reproduktionsbereich, Kultur, Politik — auf zeitlich gleicher Ebene, statt sie einander über- und unterzuordnen. Diese Verschiebung der Tätigkeitsbereiche kann auf Zustimmung der Vielen rechnen, die den Stoßseuffer

»wenn ich mal Zeit hätte« als Leitmotiv ihres gesamten Lebens kennen. Die Sprengkraft wächst dieser Umstrukturierung dadurch zu, dass sie auf den Herrschaftsknoten unserer Geschichte zielt: Die zerlegende Organisation des Gesellschaftsprozesses — in den profitgetriebenen Erwerbsbereich, den ›verweiblichten‹ Reproduktionsbereich jenseits der Lohnform, die abgesonderte Politik in den Händen von ›Stellvertretern‹ — festigt die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse um den Preis der Verkümmern und Vergeudung menschlicher Talente. Diese Verknötung von Herrschaftsverhältnissen aufzulösen, ist das Projekt der 4-in-1-Perspektive. Werden die Bereiche anders verknüpft, ändern sie sich auch qualitativ. Indem eine solche Veränderung durch die Vielen bewerkstelligt werden muss, löst sich deren einseitige Verwachsenheit mit einer bestimmten Funktion, der alles andere untergeordnet ist. Die spontane Geringschätzung der Reproduktionstätigkeiten als ›nicht wirklich Arbeit‹ wird in Wertschätzung umschlagen, sobald sie Teil des eigenen Lebens sind. Den Freiraum für die Entwicklung seiner selbst zu erstreiten arbeitet gegen die permanente sektorale Einspannung.

In den Verhältnissen der Menschen zueinander und zur Natur bewegt sich die menschliche Geschichte, die Entwicklung der Produktivkräfte, der menschlichen Beziehungen und der einzelnen Menschen selbst. »Letztlich«, sagt Marx, »löst sich schließlich alle Ökonomie in die Ökonomie der Zeit auf« (MEW 42, 105). Letztlich, so ergänzen wir, ist die gesamte Geschichte von Herrschaft und Knechtschaft eine der Fremdverfügung über Zeit. Springen wir in unsere Zeit und landen mitten in der Krise, so sehen wir die Kämpfe der Arbeiterbewegung um die Arbeitszeitverkürzung, also die Wiederaneignung der entfremdeten Zeit an einem kritischen Punkt: Die Entwicklung der Produktivkräfte führte zum Abbau von Arbeitsplätzen, weitere Arbeitsplätze wurden in ›Billiglohnländer‹ verlagert. Wenn der gewerkschaftliche Kampf sich auf Erhalt der verbleibenden Arbeitsplätze und die Interessen der dort Arbeitenden reduziert, statt um gute Arbeit und gutes Leben für alle geführt zu werden, wird er reaktionär.

Die Frauenbewegung kämpfte für eine andere Gesellschaft, in der auch Frauen ihre Fähigkeiten entfalten, aufrecht leben können. Dabei ging es ihr auch um die Anerkennung der Hausarbeit als Arbeit, weil Frauen nur so auf Augenhöhe, also gleichberechtigt verhandeln können. Die Konzentration auf die Eingliederung der gesellschaftlichen Individualitätsform ›Hausfrau‹ in die Lohnarbeitsform konnte jedoch unterm Neoliberalismus in eine Politik der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit überführt werden, ergänzt um die Politik des Erziehungsgelds. Das verschüttete die grundwichtige Diskussion um die Frage, was eigentlich in der Individualitätsform Hausfrau getätigt wird, dass es hier darum geht, wie Menschen sich zu Menschen verhalten — zu Kindern, Alten, Schwachen, Behinderten, Kranken. Dass hier das »wahrhaft Menschliche« geschieht, wie der junge Marx das ausdrückt (*Pariser Manuskripte*), für das die Lohnarbeit nur die Mittel besorgt, wird so weiterhin ökonomisch und sozial marginalisiert und allenfalls ideologisch verklärt. Kapitalismus setzt die Menschen nicht als Zweck, sondern als Profitmittel, das Leben erledigt sich beiher. In dieser Randstellung sitzen Frauen, eingesperrt in die Familien

als verkehrten Ort der Hoffnung. Doch auch in diesem Refugium wurde es seit dem Niedergang des Fordismus und der Durchsetzung des Hightech-Kapitalismus eng. Die Familien wurden und werden zersetzt. Frauenarmut, Teilzeitsjobs, alleinerziehende Mütter, in Armut aufwachsende Kinder sind Teil der breiten Spur, die dieser Prozess hinterlässt. Einen Euro im Monat errechnete die Regierung als Bildungsetat für die ausgemusterten Hartz-IV-Empfänger. Die Perspektive bei Marx war, dass ein jedes seine Fähigkeiten entfalten können müsse, sodass seine Entwicklung Voraussetzung für die Entwicklung aller wäre. Die Kluft zwischen jenem einen Euro für die eigne Kultur und diesem Ziel ist so absurd, dass sie den Gedanken verschlägt, wie sie zu überspringen wäre. Offenbar geht es heute, da die Gesellschaften mit den enorm entwickelten Produktivkräften an sich immer reicher werden und ihre Regierungen mit Milliarden Euros wie mit Spielgeld hantieren, nicht um eine gute Gesellschaft und schon gar nicht um die Entwicklung eines jeden. Herausbildung von ›Eliten‹, ›Exzellenz‹ als Exportfaktor sind angesagt. In dieser Lage wird es zum Politikum, vergessene Visionen neu zu gewinnen, in denen alle der Möglichkeit nach alles lernen können.

Dafür muss die Politik herausgeholt werden aus der Struktur verselbständigter Stellvertretung und Gemeingut werden. An dieser utopischen Stelle lässt sich von Rosa Luxemburg lernen. Während die bürgerliche Demokratie, wie sie wohl sah, keine Schulung der Massen brauchte, weil sie in ihrem System eine Elite über die Massen stellt, denen sie zwar das Wahlrecht, aber keine wirkliche Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft zumaß, hatte sich die Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft als Beteiligung der Massen zu bewähren, die sich zugleich *dafür* und *dadurch* bilden und entwickeln würden, dass sie die Entwicklung der Gesellschaft als eigene Aufgabe vorantreiben. Solange es dafür kein klares Konzept und keine Erfahrung gibt, war für Luxemburg »die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt« (GW 4, 359).

Solange Erwerbsarbeit, Reproduktions- oder besser Zuwendungsarbeit, kulturelle Selbstentwicklung und Politik je getrennt verfolgt werden, geraten sie in eine Sackgasse. Ihre Verknüpfung setzt eine andere politische Dynamik frei. Sie braucht den utopischen Atem, nicht einfach um Arbeitszeitverkürzung zu streiten, sondern um eine Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten. Diese Umwälzung der Zeitökonomie verknüpft die gesellschaftliche Ebene mit der individuellen. Fängt man damit an, sein Leben anders zu organisieren, merkt man, dass einem guten Leben nicht nur der Lohnarbeitstag, sondern auch man selbst entgegensteht, weil man sich an einseitige Vernutzung gewöhnt hat. Zugleich wird man erkennen, dass diese Perspektive nicht als Aufruf an einzelne gehen kann, mit dem Rotstift andere Zeiten einzutragen und sich danach zu disziplinieren, sondern dass die Lebensweise einer ganzen Gesellschaft auf den Prüfstand gehört, was nur in kollektiver Veränderungskultur geleistet werden kann. Unsere Zeit der Krisen und der Infragestellung der kapitalistischen Werte ist die richtige dafür.

*Zwei Verknüpfungen: Nahziel-Fernziel und die vier Bereiche*

Wozu braucht linke Politik überhaupt ein Fernziel, wenn es nicht sogleich gelingt, Maßnahmen abzuleiten für direkte Politik? Auf dem Prüfstand steht damit zugleich das Verhältnis von Theorie und Politik. Denen, die solche weitreichenden Zielperspektiven für akademisch hielten, schrieb Rosa Luxemburg 1898 ins Stammbuch, »dass sich in unserer Partei ein äußerst wichtiger Punkt verdunkelt hat, nämlich das Verständnis von der Beziehung zwischen unserem Endziel und dem alltäglichen Kampfe« und »dass für uns als revolutionäre, als proletarische Partei *keine praktische Frage existiert als die vom Endziel*« (GW 1/1, 236). Luxemburgs Gedanke lässt sich auf unsere andere Situation übertragen, auch wenn diese in Vielem radikal anders ist. Sie fragt zunächst nach dem »sozialistischen Charakter« der Bewegung und legt dar: »Der eigentliche praktische Kampf zerfällt in drei Punkte: den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um die Sozialreform und den Kampf um die Demokratisierung des kapitalistischen Staates.« (Ebd.) Nun führt sie vor, wie weder die gewerkschaftliche, noch die sozialreformerische oder die bürgerlich demokratische Politik zu irgendeiner Art von Sozialismus führen, ja, ihm u.U. sogar entgegenarbeiten. Dennoch verachtet sie diese Formen des Kampfes nicht. Im Gegenteil. Dass sie mit denen der Gegner identisch sind oder sein können, wie dies auch heute der Fall ist, macht es notwendig, Politik anders zu denken, also die Verbindung der praktischen Arbeit zur Theorie sich anders zurechtzulegen. Den sozialistischen Charakter der Bewegung kann nach Luxemburgs Einsicht »nur die Beziehung jener drei Formen des praktischen Kampfes zum Endziel« bilden. Die strategische Verknüpfung hat einen strukturellen wie einen zeitlichen Sinn. Sie verknüpft voneinander getrennte, synchron nebeneinander existierende Bereiche und sie tut dies diachron, d.h. in (noch) utopischer Zielperspektive.

Was als »Endziel« hier auftaucht — und zur Vermeidung des falschen Mythos vom Ende der Geschichte genauer als Fernziel zu fassen ist —, durchzieht ihr ganzes Werk. Es folgt aus dem Begreifen des Kapitalismus als widersprüchlicher Produktionsweise, die die Produktivkräfte immer weiter entwickelt, den gesamten Globus durchrast, sich alle anderen Produktionsweisen unterwirft und schließlich barbarisch die Ressourcen verbraucht, die Völker unterjocht, die Armut der Vielen vergrößert und von Krise zu Krise auf Kosten der Arbeitenden und der Erde wirtschaftet. Die Alternative zu diesem Szenario ist für Luxemburg der Sozialismus, was damals, an der Wende zum 20. Jh., noch als unschuldige Zukunftsmusik gehört wurde. Dank dem »Leitfaden« der marxischen Ökonomiekritik sei es »zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln«; vor Marx habe es »eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und [...] revolutionären Sozialismus« gegeben, erst seit und durch Marx »*sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und in vollstem Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist« (1/2, 373).

In ihrer politischen Alltagsarbeit, den Reden und Zeitungsartikeln, zeigt sich als Luxemburgs Hauptlinien, die Kräfteverhältnisse zu vermessen, das Handeln der Oberen in Politik und Wirtschaft zu studieren und genauestens darauf zu achten,

welche Widerstandsformen die Unteren entwickeln. Sie setzt darauf, dass es, wie sehr das Volk sich auch mit den Herrschenden abgefunden haben mag, einen unkorruptierbaren Impuls in Gestalt des Gerechtigkeitsempfindens gibt. So wird das Unrecht vorgeführt in jedem einzelnen Fall, wen es betrifft, wer den Nutzen hat, und im Ganzen, dass die Arbeiterklasse niemals in der bestehenden Anordnung gewinnen kann und es vielmehr darauf ankommt, diese Anordnung zu ändern.

In Luxemburgs Verständnis müssen sozialistische Abgeordnete mit einer Widerspruchssituation zurechtkommen: Die Borniertheit eines bürgerlichen Parlaments begreifend, müssen sie dieses als bürgerliche Errungenschaft gleichwohl vor der Bedrohung durch die Bourgeoisie selbst schützen – also vor Lauschangriffen, Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Attacke auf andere demokratische Rechte. Durch sozialreformerische Vorstöße müssen sie der Bevölkerungsmehrheit zeigen, dass deren Belange bei den Sozialisten am besten aufgehoben sind; dabei dürfen sie nicht zu viel versprechen – das macht politkümde –, müssen aber jede Gelegenheit nutzen, klar zu machen, dass Kapitalismus eine auf Dauer unhaltbare Produktionsweise ist. Dabei dürfen die Parlamentarier sich nicht allzu wichtig nehmen und sich nicht einbilden, Parlament und Regierung würden ›die Politik‹ machen, die doch im Großen und Ganzen von den transnationalen Kapitalen bestimmt wird. »Der Parlamentarismus als allein selig machendes politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse ist ebenso phantastisch und in letzter Linie reaktionär wie der allein selig machende Generalstreik oder die allein selig machende Barrikade.« (1/2, 247) Luxemburg orientiert auf die Verknüpfung der verschiedenen Mittel, also zu kämpfen im Parlament, im Betrieb, auf der Straße, im Kulturellen. Als alleinige proklamiert und praktiziert kippt jede Kampfform ins Reaktionäre. Die Folge seien passivierende Bürokratie, lähmender Fatalismus, idealistische Opferung. Jede Verselbständigung der einzelnen Formen des Kämpfens verfehlt die aus der Einbeziehung möglichst vieler resultierende Lebendigkeit, die für Luxemburg die sozialistische Qualität ausmacht. Sie versucht also eine Bündelung von unterschiedlichen Kräften und Aktivitäten, die politisches Handeln als wissenschaftlich gestützte Kunst in den rasanten Entwicklungen des Kapitalismus verlangt.

### *Womit beginnen?*

Übergangsjekte im Sinn der 4-in-1-Perspektive nehmen Kurs auf die Ökonomie der Zeit – im Gesellschaft und Individuen umfassenden Sinn –, auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit und die Subjekte des Handelns. Nach dem Niedergang des Fordismus gab es einige Versuche in dieser Richtung. Als 1988 Oskar Lafontaine das Projekt seiner Kanzlerkandidatur vorstellte,<sup>1</sup> waren zentrale Stichpunkte: Radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf sechs Stunden, damit die Familienarbeit geteilt werden könnte und ein Schritt in Richtung Frauenbefreiung getan würde.

1 Oskar Lafontaine, *Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt*, Hamburg 1988; vgl. dazu meine Analyse in Arg. 174/1989, online unter [www.friggahaug.inkrit.de/documents/Lafontaine-Projekt1988.pdf](http://www.friggahaug.inkrit.de/documents/Lafontaine-Projekt1988.pdf).

Frauenunterdrückung hielt er für ein strukturelles Problem der Industriegesellschaft und wollte dem Antifeminismus auch in der Arbeiterbewegung und der historischen Arbeitsteilung zu Leibe rücken. Dafür müssten die großen Teilungen der Arbeit aufgehoben werden, der Arbeitsbegriff neu gefasst werden unter Einbeziehung aller Arbeiten, ein Mindesteinkommen gesichert sein und andere Familienformen als die Kleinfamilie möglich sein. Zeit für Lernen und Entwicklung müsse eingeräumt und die Bevölkerung an der Entscheidung der herzustellenden Produkte beteiligt und im Ganzen mehr Demokratie gewagt werden. Eigenartigerweise wurde das Projekt von den Frauenorganisationen nicht aufgegriffen. Die Reaktion der Gewerkschaften ist kein Ruhmesblatt, ging es doch in deren Geschichte ein als Aufruf zum Lohnverzicht, weil Lafontaine die Formel vom vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung in Frage stellte, auch wenn er das nur für Einkommen über (damals!) 5000 DM tat.

Wenngleich die einzelnen Schritte bei Lafontaine deutlich auf eine andere Zeitökonomie zusteueren, blieb undeutlich, dass solche Ökonomie auch eine ist, die die individuellen Akteure in ihrer Lebensweise betreffen muss und daher von ihrem Engagement und ihrer Mitarbeit abhängt. Die damit einhergehende Politisierung der je einzelnen hebt zwar an in ihrer gedachten Einbeziehung in Produktentscheidungen, ohne sich allerdings auf Gesellschaftsgestaltung im Ganzen zu beziehen.

Noch deutlicher wird der Verzicht aufs politische Engagement der Einzelnen im zehn Jahre später gemachten Vorschlag des Club of Rome zur Arbeitsproblematik (vgl. meine Analyse in Arg. 230/1999), ein Projekt, das auf den ersten Blick wie ein Vorläufer der 4-in-1-Perspektive klingt.<sup>2</sup> Angesichts einer weltweit wachsenden Abnahme an Arbeitsplätzen schlagen die Autoren vor, den Arbeitsbegriff auszuweiten auf drei Bereiche menschlicher Tätigkeit. Die herkömmlich entlohnte Arbeit solle auf 20 Stunden pro Woche reduziert werden. Den zweiten Bereich bilden Tätigkeiten, die man am Markt berechnen könnte wie Kinderbetreuung und Haushaltstätigkeiten, die aber gewöhnlich ehrenamtlich von Frauen getan werden, und schließlich alle Tätigkeiten des Eigenkonsums wie Reparaturen im Haus oder am Auto, Gartenarbeit, Hobbys usw. Die Menschen sollen in allen drei Bereichen zugleich sich betätigen, Identität finden und dabei existenzgesichert leben. Die Lohnarbeitszeitverkürzung soll durch ein Grundeinkommen und eine negative Einkommenssteuer flankiert werden.<sup>3</sup> Die Autoren schlagen als Maßnahme vor, den Wechsel der Arbeit in allen drei Bereichen staatlich zu überwachen und zu sanktionieren. Aber so selbstverständlich im Rat des Club of Rome die Tätigkeiten ins Belieben von Individuum und Markt gestellt werden, um sodann in ihrer Verteilung von oben durchgesetzt zu werden, so selbstverständlich bleiben die tätigen Menschen vom Politikbereich, von der Gestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen. Dies aber ist das Bewegende und die Energie im Vorschlag der 4-in-1-Perspektive.

2 Giarini, Orio., u. Patrick M. Liedtke, *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*, mit Vorwort von Hans Ulrich Weizsäcker, Hamburg 1998.

3 Da Geschichte zumindest in diesem Bereich zugleich rasant sich ändert und auf der Stelle tritt, sind hier schon alle Argumente entwickelt, die in der Diskussion ums Grundeinkommen zum Tragen kommen.

Wenn nun Manfred Sohn seine ebenso begeisterte wie scharfe Kritik an meiner bisherigen Ausarbeitung der 4-in-1-Perspektive im vorliegenden Heft auf den Mangel zuspitzt, »dass der erfahrenen Frigga Haug nicht gelungen ist, was den unerfahrenen Twens Marx und Engels in einer ihrer ersten Schriften – dem ›Kommunistischen Manifest‹ – gelungen war« in Gestalt der »zehn Maßregeln«, die sie ankündigen, wenn »das Proletariat [...] seine politische Herrschaft [...] benutzen« würde, so vermisst er »praktische Handlungsvorschläge«. Das gibt Anlass, nochmals über das Verhältnis theoretischer Analyse und gesellschaftsverändernder Praxis nachzudenken. Nun bin ich weder Marx, noch befinden wir uns erst im Vorfeld der bürgerlichen Revolution, und die meisten der im *Manifest* aufgeführten Maßnahmen, für die eine proletarische Revolution nötig sein sollte und die »im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich« sein sollten (MEW 4, 481), wurden längst durchgesetzt und sind oder zumindest waren selbstverständlicher Teil kapitalistischer Produktionsverhältnisse.<sup>4</sup> Doch das ist nicht mein Haupteinwand. Dieser bezieht sich auf die alte, bereits von Marx zurückgewiesene Frage nach »Rezepten für die Garküche der Zukunft« (MEW 23, 25) oder aufs Verhältnis von Theorie und Praxis.

Die Wortwahl in Sohns Kritik, dass der »Erfahrenen« nicht gelingt, was »den unerfahrenen Twens« gelungen war, klingt nach der Fabel vom Löwen, der im Netz gefangen saß, und der Ratte, der mit Geduld und harter Arbeit gelang, was ihm mit aller Kraft nicht gelungen war, nämlich das Netz zu zernagen. In der Fabel stehen Kraft gegen Geduld und harte Arbeit; bei Sohn sind es Erfahrung gegen Unerfahrenheit, aber hier endet schon das Gleichnis, wollen wir nicht unterstellen, dass politisch für Unerfahrenheit plädiert werden soll. Und ferner, blieben wir in der Geschichte vom gefangenen Löwen, müsste der jetzt dank der Maßnahmen von Marx bereits befreit sein oder aber dank meiner endlich einsichtigen Arbeit Befreiung durch neue Maßnahmen erlangen. Aber es kann gar nicht darum gehen, diverse Vorschläge zur Befreiung auszudenken und als Maßnahmen anzubieten. Es muss ja um ein Projekt gehen, in dem Selbstbefreiung angebahnt ist, es also um die Erfahrung der Bevölkerung geht. Aufgabe von Intellektuellen ist es nicht, einer Bewegung fertige Rezepte vorzulegen. Wir haben die Entwicklung und Erprobung von Alternativen dadurch zu unterstützen, dass wir »Zielbewusstsein und Zusammenhang in die verschiedenen örtlichen und zeitlichen Fragmente des Klassenkampfes bringen« (GW 4, 124). Insofern verkennt Sohns Forderung nach »praktischen Handlungsvorschlägen« das Konzept einer politischen Orientierung und vor allem das Setzen auf die Selbsttätigkeit der Menschen als Schlüssel für jeden Übergang.

---

4 Z.B. »unentgeltliche Erziehung aller Kinder«, »Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates«. Einiges mutet seltsam an wie »Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau« (vgl. MEW 4, 482). Über den Schwung des bürgerlich-revolutionären Vormärz hinaus haftet diesen Maßnahmen offensichtlich etwas Zeitgebundenes an.



Wenn indes die 4-in-1-Perspektive eine Orientierung sein soll, ein Kompass für politisches Handeln, muss sie sich dennoch praktisch bewähren. Eine Anbahnung tut not. Angewandt auf die Fragen der Frauen besteht ein erster Schritt darin, »Cahiers de doléances« zu erstellen, d.h., alle Beschwerden zu sammeln, wie dies im internationalen Maßstab im Buch *Briefe aus der Ferne*<sup>5</sup> für unsere Gegenwart geschah. Die Kräfteverhältnisse sind zu vermessen, über die Taten der Oberen muss ebenso informiert werden, wie über die Bewegungen der Unteren, da es darum gehen muss, bisher subaltern gehaltene Menschen instand zu setzen, Gesellschaft mitzugestalten, sich die Aufgaben anzumessen.

Dies braucht beständig engagierte Intellektuelle, die die Druckpunkte zusammentragen, zuhören und dem Volk eine Stimme geben, bzw. viele Stimmen, je nach Ort und Lage. Eine politische Partei, wenn sie, wie Gramsci das fordert, als kollektiver Intellektueller agiert, sollte die Kontinuität sichern, die Verdichtungsarbeit leisten, an der Entwicklung des Rahmens mitarbeiten, in den die Einzelforderungen sich in ein Gesamtkonzept integrieren lassen.

So wird man bei einer Analyse von *Stuttgart 21* bzw. dem Widerstand dagegen sehr viel lernen über Bündnisse, über Schmerzpunkte wie alte Bäume, Grün und gewohnte Parks, über Bürgerstolz, über wachsendes Misstrauen gegen technische Großprojekte, Zukunftsangst und auch darüber, wie bürgerlich-konservative Beweggründe über ihre eignen Grenzen hinausgetrieben werden, um die Gesellschaft so wahrzunehmen, wie sie ist. Dies ist kein Bündnis auf Dauer, aber eine politische Erfahrung, die viele nach vorn bringen kann. Aber weder lässt sich die Vielfalt der Widerstandsformen voraussagen noch die Klugheit oder Dummheit der Regierenden. Dagegen kann man studieren, wie die Bevölkerung beim Handeln politische Erfahrungen macht, und diesen Prozess durch ein verallgemeinerndes Echo stärken.

Zu lernen ist auch aus dem Aufstand der Frauen in Italien, die nach zehn Jahren Berlusconi-Regierung, in denen das Recht gebeugt und die Medien monopolisiert wurden, unverhofft in 240 Städten Italiens zu Hunderttausenden auf die Straße gingen, um für die »Würde der Frauen« zu streiten. In der Prostituiierung einer Minderjährigen durch den Regierungschef spürten viele, dass die Vermarktung der Würde einer Frau alle Frauen betrifft. Der Protest dehnte sich aus gegen das Fernsehen, das ganz Italien durch den falschen Traum von Glamour und Amusement betrügt. Der Funke der Bewegung aus Tunis und Ägypten sprang über. Zu lernen für Übergangsjahre ist, dass aus lokalem Unrecht eine Bewegung möglich wird, die sich mit einer großen und allgemeinen Perspektive verbindet.

Im Sinne der 4-in-1-Perspektive ist anzustreben, bei jedem Politikvorschlag je nach den Umständen die Bereiche zusammenzufügen und dabei vor allem auf die Bewegung von unten zu achten. Die allgemeinste praktische Forderung ist die nach der gesellschaftlich gerechten Verteilung der Arbeitszeit und der Arbeitsarten, mit Verkürzung der individuellen Erwerbsarbeitszeit. Gewerkschaftliche Gewohnheit

---

5 *Briefe aus der Ferne. Anforderungen an ein feministisches Projekt heute*, hg. v. Frigga Haug, Hamburg 2010.

versteht dies nicht als Aufforderung, die frei gesetzte Zeit mit den anderen drei Bereichen des tätigen Lebens zu füllen, sondern ergänzt sie um die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Das hat den paradoxen Effekt einer selbstbewussten Lähmung. Sie rührt aus der Gewissheit, dass dies bei wirklich substanzieller Verkürzung der individuellen Erwerbszeit, wie sie zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit nötig ist, nicht gelingen kann. Wer an der lähmenden Routine rüttelt, dem droht das Schicksal von Lafontaines konkreterer Aufforderung, den Lohnausgleich nur bis 5000 DM im Monat einzuklagen. Der Vorschlag wird bekämpft, um schließlich vergessen zu werden. Das zeigt, dass die Einzelbereiche nicht getrennt angegangen werden können, sondern jeweils so vorgeführt werden müssen, dass sie ihr Gegenüber produktiv in Bewegung bringen. Mein Vorschlag war, *Teilzeitarbeit für alle* zu fordern. Das ist selbst paradox. Aber es nimmt die Frauenlage auf. Ferner bringt es einen dazu, das ›Volle‹ und die ›Teile‹ zu durchdenken. Und schließlich zwingt es dazu, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit anders auf den Weg zu bringen, als sie mit der Lüge, es sei keine Arbeit da, zu vertagen. Der Vorschlag, Teilzeitarbeit für alle zu fordern, entfachte das Engagement der Vielen, aber kontrovers. Begeistert waren die Teilzeitarbeitenden und ebenso die qualifizierten Besserverdienenden, für die Zeit der größte Wohlstand ist. Je näher die einzelnen den Gewerkschaften waren, desto eher erinnerten sie sich, dass Teilzeitarbeit für die Betroffenen minderwertig und ausweglos war und also bekämpft gehörte. Dies haftete nun gleichsam am Wort wie eine feste Eigenschaft und hinderte, die Sprengkraft jener paradoxen, sich ja in Wirklichkeit selbst aufhebenden Kampflösung zu erkennen. Teilzeitarbeit für alle ließ sich für sie nicht übersetzen in die positive Forderung, dass alle mehr Zeit zu ihrer Verfügung hätten. Sprache hat eine große Kraft. Man versuchte sich im heftigen Streit auf »Halbzeitarbeit für alle« zu einigen, wiewohl alle spürten, dass dem Feuer damit die Luft zum Brennen ausgegangen war. Die Frage glimmt weiter. Neuerlich (2010) hat man sich auf »kurze Vollzeit für alle« einigen können, eine Lösung, in der die alte Forderung wie ein Echo nachklingt.<sup>6</sup> An diesem Beispiel wird erkennbar, dass nicht eine einzelne Maßnahme entscheidend ist, sondern die Bewegungspolitik als Lernprozess. Die Menschen messen sich eine Änderungsmöglichkeit an, und indem sie dies tun, ändern sie sich. Auf diese Weise sind sie bereits im Übergang.

---

6 Wuppertal Institut, BUND, Diakonie u. Hamburger Zukunftsrat (Hg.), *Zukunftsfähiges Hamburg – Zeit zum Handeln*, 2010.